

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 24. Oktober 2016 – 16/2016

Die AfD nach den Landtagswahlen

Bestätigung bekannter Trends, ein weiterer Schritt zur Etablierung?

Gerhard Hirscher /// Nach den Landtagswahlen von Mecklenburg-Vorpommern vom 4. September 2016 und den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin vom 18. September 2016 ist die Partei nun in zehn Landtagen sowie im Europaparlament vertreten. Vor Beginn des wichtigen Wahljahres 2017 hat sie realistische Chancen, in weitere drei Landtage sowie den Bundestag einzuziehen. Nicht nur die Themenkonjunktur im Bereich Flüchtlinge, Migration und Integration ist für sie gegenwärtig günstig. Sie profitiert von ihrer Rolle als Protestpartei auf mehreren Ebenen und nutzt tendenziell Mobilisierungsdefizite aller Parteien, im Osten auch die der Linken. ///

Die AfD nach den Landtagswahlen

Bestätigung bekannter Trends, ein weiterer Schritt zur Etablierung?

Gerhard Hirscher

Vorwort

Nach den Landtagswahlen von Mecklenburg-Vorpommern vom 4. September 2016 und den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin vom 18. September 2016 ist die Partei nun in zehn Landtagen sowie im Europaparlament vertreten. Vor Beginn des wichtigen Wahljahres 2017 hat die AfD nach der gegenwärtigen demoskopischen Lage gute Chancen, auch in den dort anstehenden Wahlen gut abzuschneiden: bei den Landtagswahlen im Saarland am 26. März 2017, in Schleswig-Holstein am 7. Mai 2017, in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017 und nicht zuletzt bei den Bundestagswahlen im September 2017. Sollte sie auch in diese Parlamente gelangen, dann wäre der AfD ein Erfolg in Rekordzeit gelungen, wie es ihn in der Geschichte des deutschen Parteiensystems noch nicht gegeben hat. Die Grünen haben für ihre Etablierung (nicht zuletzt im Osten) weitaus länger gebraucht, die Linke hätte ohne die Basis der Rest-SED auch nach dem Zusammenschluss mit der WASG im Westen heute keine kontinuierliche parlamentarische Vertretung in vielen Ländern und in jüngerer Zeit haben sich die Piraten, die kurz hintereinander in fünf Landtage einzogen, rasch als politische Seifenblase gezeigt, die nach ihrem Platzen keine Spuren hinterlassen wird. Ist die AfD jetzt schon ein historischer Sonderfall und hat sie sich schon vor dem Wahljahr 2017 in unserem Parteiensystem etabliert?

Die Landtagswahl von Mecklenburg-Vorpommern vom 4. September 2016

Wie im Vorfeld abzusehen war, erzielte die AfD aus dem Stand ein Ergebnis über 20 %. Sie blieb damit unter ihren Erwartungen (in den letzten Umfragen lag sie bei 22 %), auch wenn sie erstmals die CDU überholen konnte. Ansonsten haben alle bisherigen Parlamentsparteien Verluste zu verzeichnen, vor allem die Linke. Die NPD und die Grünen fielen aus dem Parlament und die FDP verpasste erneut den Einzug. Das Ergebnis war ein Vier-Parteien-Parlament. Das Wahlergebnis hat dann aber bei aller Fragmentierung dafür gesorgt, dass doch wieder eine Regierung aus zwei Parteien gebildet werden und die regierende Koalition aus SPD und CDU ihre Arbeit fortführen könnte.

Die SPD wurde stärkste Partei mit 30,6 % der Zweitstimmen, bei einem Verlust von 5,0 Prozentpunkten. Die CDU kam auf 19,0 %, bei einem Verlust von 4,0 Prozentpunkten. Die Linke holte 13,2% – ein Verlust von 5,2 Prozentpunkten.

Die AfD holte 167.852 oder 20,8 % der Zweitstimmen. Bei den Erststimmen kam sie sogar auf 175.850 oder 21,9 %. Dies spricht für eine Verankerung in den Regionen des Landes.

Nicht ins Parlament schafften es die Grünen mit 4,8 % der Zweitstimmen. Die FDP blieb mit 3,0 % der Zweitstimmen weit unter der 5%-Hürde. Die NPD kam noch auf 24.322 Zweitstimmen und halbierte damit ihren Anteil. Sie hatte auf Direktkandidaten verzichtet. Von den sonstigen Parteien kam nur die Tierschutzpartei auf 1,0 % der Zweitstimmen; alle anderen blieben darunter.

Die Wahlbeteiligung stieg auf 61,6 % und lag damit 10,1 Punkte höher als 2011, nachdem sie 2006 noch bei 59,1 % gelegen hatte. Von den 71 Sitzen entfielen 26 auf die SPD (alles Direktmandate), 18 auf die AfD (darunter 3 Direktmandate), 16 auf die CDU (darunter 7 Direktmandate) sowie 11 auf die Linke. Neben einer Koalition aus SPD und CDU wäre rechnerisch auch eine aus SPD und Linken möglich. Eine andere Regierungsalternative als eine Koalition mit der SPD hatte die CDU nicht.

Die AfD holte laut Infratest dimap mit 55.000 Stimmen den mit Abstand größten Teil aus dem Bereich der Nichtwähler. Hinzu kamen jeweils 22.000 Stimmen von sonstigen Parteien und von der CDU, 16.000 von der Linken, 15.000 von der SPD und 3.000 von den Grünen. Ihr Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen war mit 3.000 Stimmen positiv, ebenso wie der aus Zu- und Fortgezogenen mit 11.000.

Die Wählerschaft der AfD war wiederum deutlich stärker bei den jüngeren und mittleren Altersgruppen versammelt. Bei den 18- bis 24-Jährigen kam sie auf 15 %, bei den 25- bis 34-Jährigen auf 21 % und den 35- bis 44-Jährigen auf 24 %. Bei den 45- bis 59-Jährigen kam sie auf 23 %, den 60- bis 69-Jährigen auf 21 % und den Über-69-Jährigen auf 14 %. Bei den Männern holte sie mit 25 % deutlich mehr Stimmen als bei den Frauen mit 16 %.

Die AfD holte weit überdurchschnittliche Werte bei Arbeitern mit 34 % (FG Wahlen: 27 %) und Arbeitslosen mit 29 %. Dort war sie jeweils stärkste Partei. Über dem Durchschnitt lag sie auch bei den Selbständigen mit 28 % (FG Wahlen aber 21 %), klar darunter bei den Beamten mit 13 % (FG Wahlen: 17 %), den Rentnern mit 18 % und den Angestellten mit 18 %. Die AfD zeigte am deutlichsten die soziologischen Merkmale einer klassischen Volkspartei: Sie kam bei den Wählern mit formal niedriger Bildung auf 28 %, der mittleren Gruppe auf 24 % und der obersten Gruppe immerhin noch auf 15 %. Die AfD holte ähnlich bei der Konfession wie die Linke mit 22 % ein überdurchschnittliches Resultat bei den Sonstigen und kam bei den Protestanten auf 17 % sowie den Katholiken auf 14 %.

Der Erfolg der AfD war auch in diesem Land hauptsächlich eine Protestwahl, die durch die Lage der Flüchtlingspolitik verstärkt wurde. Zwar wurde eine Regierung aus SPD und Union weiterhin ermöglicht, aber der Einzug der AfD erschwert grundsätzlich die Bildung von Zweier-Koalitionen. Daher war es nur logisch, dass für alle Wähler laut FG Wahlen bei 38 % die Politik im Bund und 57 % die im Land für die Wahlentscheidung entscheidend war, bei den AfD-Wählern aber 60 % die Bundes- und nur 38 % die Landespolitik. Wie schon bei früheren Wahlen auch, war die Flüchtlingspolitik entscheidender Faktor der AfD-Wahl, wozu auch die Angst vor steigender Kriminalität durch Flüchtlinge zählt. Hinzu kommt der Ost-Faktor, dass nämlich 41 % aller Wähler, aber 60 % der AfD-Wähler angaben, nur die wenigsten hätten von der Wende profitiert und sie sich insgesamt im Leben benachteiligt fühlen. Laut Infratest dimap erfolgte bei 66 % der AfD-Wähler ihre Entscheidung aus Enttäuschung.

Ein Drittel der AfD-Wähler (33,1 %) kam laut Infratest dimap von den Nichtwählern und 13,2 % von den sonstigen Parteien sowie nochmals 12,0 % von der NPD. Von der Linken kam knapp ein Zehntel ihrer Wähler (9,6 %), von der SPD 9,0 % und der CDU 13,25 %. Zwar war die CDU von einem relativ niedrigen Niveau in diese Landtagswahl gestartet, aber wie schon bei vielen früheren Wahlen kam nur ein kleiner Teil der AfD-Stimmen von der Union. Ohne diese Stimmen wäre der AfD-Anteil rechnerisch auch bei etwa 17,9 % und damit nur um knapp 3 Prozentpunkte niedriger ausgefallen. Die AfD hat auch bei dieser Landtagswahl der CDU enorm geschadet, wäre aber auch ohne Zulauf von ehemaligen Unionswählern mit einem beachtlichen Ergebnis ins Parlament gekommen. Ihre Mobilisierungswirkung war sehr hoch, fast wie bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Jahr zuvor.

Die Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin vom 18. September 2016

Das Wahlergebnis in Berlin hat zu einer derartigen Fragmentierung geführt, dass keine Regierung aus zwei Parteien mehr gebildet werden konnte. Von den etablierten Parteien konnte nur die Linke dazugewinnen sowie die FDP, die wieder ins Abgeordnetenhaus einzog. Dem guten Ergebnis der AfD standen große Verluste für SPD wie CDU gegenüber. SPD und CDU zusammen erhielten weniger als 40 % der Zweitstimmen.

Die SPD wurde stärkste Partei mit 21,6 %; dies bedeutete einen Verlust von 6,4 Prozentpunkten. Im Westteil der Stadt holte sie 23,3 %, im Ostteil 19,3 %.

Die CDU kam auf 17,6 % bei einem Verlust von 5,7 Prozentpunkten. Im Westen kam sie auf 21,0 %, im Osten auf 13,2 %.

Die Linke holte 15,6 % – ein Gewinn von 3,9 Prozentpunkten. Sie gewann über 74.000 Zweitstimmen dazu. Im Osten wurde sie mit 23,4 % stärkste Partei, im Westen kam sie nur auf 9,9 %.

Die Grünen kamen auf 15,2 %, ein Verlust von 2,4 Prozentpunkten. Im Westen holten sie 16,8 %, im Osten 12,3 %.

Die AfD holte 231.492 oder 14,2 % der Zweitstimmen. Bei den Erststimmen kam sie auf 230.331 oder 14,1 %. Auch hier zeigte sich also eine relativ gute regionale Verankerung. Im Ostteil holte sie 17,2 %, im Westteil 12,2 %.

Die FDP kam auf 6,7 % der Zweitstimmen. Sie holte im Westen 8,7 %, im Osten nur 4,0 %.

Von den sonstigen Parteien kamen vier über die 1%-Marke: die PARTEI mit 2,0 %, die Tierschutzpartei mit ebenfalls 1,9 %, die Piraten mit 1,7 % (sie fielen damit aus dem Parlament) sowie die Grauen Panther mit 1,1 %.

Die Wahlbeteiligung stieg auf 66,9 % und lag damit 6,7 Punkte höher als 2011.

Von den 160 Sitzen entfielen 38 auf die SPD (davon 28 Direktmandate), 31 auf die CDU (davon 21 Direktmandate), 27 auf die Linke (davon 12 Direktmandate), 27 auf die Grünen (davon 12 Direktmandate), 25 auf die AfD (darunter 5 Direktmandate) sowie 12 auf die FDP. Am wahrscheinlichsten war ein rot-rot-grünes Bündnis, da zur Regierungsbildung in jedem Fall ein Dreierbündnis erforderlich war. Theoretisch wäre auch ein Dreierbündnis unter Einbindung der CDU möglich gewesen.

Die AfD holte laut Infratest dimap mit 69.000 Stimmen den mit Abstand größten Teil aus dem Bereich der Nichtwähler. Hinzu kamen 46.000 Stimmen von den sonstigen Parteien, 39.000 von der CDU, 24.000 von der SPD, jeweils 12.000 von Linken und Piraten und jeweils 4.000 von Grünen und FDP. Aus dem Generationenwechsel holte sie 4.000 Stimmen und 18.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen.

Die Wählerschaft der AfD war wiederum deutlich stärker bei den jüngeren und mittleren Altersgruppen versammelt. Bei den 18- bis 24-Jährigen kam sie auf 8 %, bei den 25- bis 34-Jährigen auf 10 % und den 35- bis 44-Jährigen auf 14 %. Bei den 45- bis 59-Jährigen kam sie auf 18 % und den Über-60-Jährigen auf 15 %. Bei den Männern holte sie mit 18 % deutlich mehr Stimmen als bei den Frauen mit 11 %.

Die AfD holte weit überdurchschnittliche Werte bei Arbeitern mit 28 % (FG Wahlen: 25 %) und Arbeitslosen mit 22 %. Dort waren sie jeweils stärkste Partei. Etwa im Durchschnitt waren sie bei Beamten und Rentnern mit 15 %. Bei den Angestellten holten sie 12 %, bei den Selbständigen 11 %.

Die AfD kam bei den Wählern mit Hauptschulabschluss auf 18 %, denen mit mittlerer Reife auf 20 %, denen mit Abitur auf 11 % und denen mit Hochschulabschluss nur auf 7 %. Die AfD kam bei Katholiken wie Protestanten auf 12 %, bei den Sonstigen aber auf 15 %.

Daher verwundert es nicht, dass auch die Kompetenzzuschreibung sehr heterogen war. So wurden beim Thema Flüchtlinge / Asyl laut FG Wahlen der SPD wie der CDU jeweils von 19 %

die meiste Kompetenz zugeschrieben, aber 13 % nannten die AfD und jeweils 12 % Grüne und Linke. Damit war ein Kompetenzvorsprung der Regierungsparteien in weiter Ferne. Mit 29,7 % kam der größte Teil der AfD-Wähler erneut aus dem Bereich der Nichtwähler. Dazu stammten 19,8 % ihrer Wähler aus dem Bereich der sonstigen Parteien. Von der CDU kamen 16,8 % der AfD-Wähler, von der SPD 10,3 % von der Linken und den Piraten jeweils 5,2 %. Damit hat die AfD mit Abstand am meisten Nichtwähler in Berlin mobilisiert. Die Hälfte der AfD-Wähler kam von den Nichtwählern und sonstigen Parteien. Wie bei anderen Wahlen auch, hätte der Verlust der CDU an die AfD deren Einzug ins Parlament keineswegs verhindert. Ohne die Stimmen von der CDU wäre die AfD etwa bei 11,8 % gelegen. Auch diese Wahl hat wieder gezeigt, dass ein Mobilisierungsdefizit der CDU nicht primär ursächlich ist für den Anstieg der AfD.

Auch bei dieser Wahl profitierte die AfD davon, dass viele Wähler einen Denkkzettel verpassen wollten: Laut FG Wahlen sagten dies 53 % der Wähler; nur 44 % meinten, sie hätten die AfD auf Grund ihrer politischen Forderungen gewählt. Der Themenbereich Flüchtlinge und Migration hat dabei eine wichtige Rolle gespielt und zur mittlerweile üblichen Volatilität beigetragen. Es haben aber auch viele Berliner Spezialthemen eine Rolle gespielt wie der generelle Zuzug, Wohnen, Verkehr und Infrastruktur und die Angst vor Abstieg. Davon hat die AfD, aber hier auch die Linke profitiert, die vor allem im Ostteil der Stadt auf alte Stärken und Bindungen aufbauen konnte. Dennoch wurde auch in Berlin deutlich, dass die Linke mit der AfD als ostdeutsche Protestpartei eine starke und wachsende Konkurrenz hat. Trotz der Möglichkeit der Bildung einer neuen rot-rot-grünen Regierung darf nicht übersehen werden, dass sich die AfD auf die Entwicklung des Parteiensystems insgesamt auswirkt. Für CDU wie SPD wird es daher immer wichtiger, in den Wahlen auf allen Ebenen wieder stärker mobilisieren zu können.

Zusammenfassung

Die Themenkonjunktur ist nach wie vor günstig für die AfD. Solange die Flüchtlings- und Migrationsproblematik alle anderen Themen überlagert, wird der Zulauf zur AfD als ein (relativ) neues politisches Phänomen anhalten. Aber auch jenseits fremdenfeindlicher und islamkritischer Anklänge kann die Partei mobilisieren. Im Osten noch stärker als im Westen kann sie sich als Protestpartei anbieten, die darüber hinaus drängende Fragen anspricht wie die Bereiche soziale Gerechtigkeit oder innere Sicherheit. Sie ist auch eine Reaktion auf das Gefühl, insbesondere im ländlichen Raum oder in grenznahen Gebieten abgehängt zu sein. Daher ist sie insbesondere im Osten eine mittlerweile erhebliche Konkurrenz für die Linke, die in vielen Regionen nicht mehr ungefragt der Hauptprofiteur von Protestwahl ist. Selbst bei einem Rückgang der Bedeutung der Thematik Migration und Flüchtlinge wird für die AfD auf absehbare Zeit ein Resonanzboden vorhanden sein – vor allem in den neuen Ländern.

Für die Union ist die AfD objektiv nur ein Teil eines Problems, da diese nur einen relativ geringen Teil ihrer Stimmen aus dem Unionslager erhält. Umgekehrt ist der Verlust von Stimmen an die AfD für die Union zwar quantitativ ebenfalls nur ein Teil des Kuchens. Dieser Verlust geht

aber einher mit breiteren Mobilisierungsproblemen und tritt gleichzeitig mit Verlusten in andere Richtungen auf. Damit verändert sie durch ihren Einzug in Parlamente die Koalitionsmöglichkeiten und schafft oder erleichtert neue Bündnisse. Dass in Mecklenburg-Vorpommern die Koalition aus SPD und CDU fortgeführt werden kann, ist eher ein Zufall. In Berlin ermöglichte ihr Erfolg ebenso ein neues Dreierbündnis aus SPD, Linken und Grünen wie in Sachsen-Anhalt 2015 eines aus CDU, SPD und Grünen. Dies ist einerseits positiv für die demokratische Kultur, bringt aber die AfD in die Rolle der einzigen „ewigen“ Oppositionspartei, was ihr mittelfristig noch mehr Zulauf bringen könnte. Umgekehrt wird die Union zu Koalitionsbereitschaft in alle Richtungen gezwungen, was Probleme bei der inhaltlichen Profilierung zur Folge haben könnte.

Autor

Dr. Gerhard Hirscher

ist Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung,
Hanns-Seidel-Stiftung, München.